

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

48 (26.2.1919)

Volkstreu

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Abholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postfach monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., halbjährlich 6,00 M., jährlich 10,80 M. Zugeschickt durch unsere Träger monatlich 1,30 M., vierteljährlich 3,90 M.; durch die Post 1,34 M. bezw. 4,02 M.

Ausgabe: Werktag mittags: Geschäftszeit: 1/2-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle ab. deren Raum 25 J., zugügl. 80 % Zeilungszeit. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Belagerungszustand.

Karlsruhe, 26. Februar.

Was auf Eisners Ermordung und im Zusammenhang mit diesem Akt getan ist, konnte man sich an den fünf Fingern der politischen Regiererei abzählen: Eine durch ganz Deutschland zudende, überbordende, gewalttätige, revolutionäre Bewegung. Die Gewalttätigkeiten liefen nicht überall im Keime erlöschend, es ist abermals viel Blut geflossen, als trauriges Zeichen dafür, daß die Achtung vor dem Menschenleben noch in dem Tiefstandekurs der Kriegsmoral steht, die zweite Auflage der Revolution im Sinne der Familie Spartakus und ihrer Spießhahnen U.S.P. in Baden nicht zustande gekommen. Hier in Baden blieb dieses Vorhaben bei seinen ersten Anfängen stecken: Es fehlte an der Fähigkeit der großen Mehrheit zu der einfachen Bestimmung, daß jetzt wirklich nicht Zeit ist, weiter zu kämpfen und zu zerrüttern, sondern zu arbeiten und aufzubauen. Und es fehlte an der dankenswerten, nein, an der dreimal dankenswerten Energie der Regierung, die auf die Vorgänge in Mannheim sofort mit der Verkündung des Belagerungszustandes antwortete.

Um dieser Maßnahme willen ist jedoch die Regierung vielfach getadelt worden, nicht nur von Spartakisten und U.S.P.-Leuten, sondern auch von Parteigenossen und von bürgerlichen Personen, die aus der Laßt des kleineren Übels zur gegenwärtigen Regierung stehen. Das sei bloße Nervosität, sei Freiheitsverkürzung, schlimmer als unter der wilhelminischen Verfassung, sei der Anfang der Gegenrevolution. Kardon, das ist ein durchaus unbegründeter Vorwurf. Die Regierung war gar nicht nervös und noch viel weniger denk sie daran, den Ardes und Konforten die Hand zur Konterrevolution zu bieten. Aber die Regierung hat sich wohl eine Säge gegot, was ihre Töchter beim Willen zu einer Minute Bestimmung sich auch halten lassen können: In Baden, die mit politischer Geduld geradezu erblinden sind und wo der Ort der politischen Aktion die Straße ist, vollzieht sich das Denken und Handeln der Beteiligten nicht nach den Gesetzen der Vernunft und der normalen Gesetzmäßigkeit, sondern in sprunghaften Wechsel von Wahn und Sinn und nach den Gewalttätigkeiten der letzten Jahre. Von irgendwo kommt ein Knall: Also, das ist das Zeichen, man schreit auf uns. Wie leicht hat sich ein Wahn einen Spieß erlaucht, wie leicht ist nur ein Automatismus gefallt. Aber die Konterrevolution davon kann ein Pathos sein und der Schluß ist Tod und Verdrümmung. Streifenkämpfe, Bürgerkrieg und sonstige Verbrechen in revolutionärer Gräueltat sind wirklich etwas Außerordentliches und die meisten Menschen haben an Außerordentlichkeiten nie, bis sie vom Augenblick belehrt, daran glauben müssen. Aber wenn das Urheil da ist, dann sind diese Überlegungen zweifellos die ersten, die hinstreichen darauf loszuführen: Warum war denn nicht genügend Polizei da, warum hat man nicht genügend Militär zur Stelle gehabt, warum ist der Belagerungszustand nicht verhängt worden?

In Mannheim hat sich so etwas Ähnliches ereignet. Wie ein Protokoll hat dort angefangen: Erich Mühsam aus München sprach. Alles an diesem Menschen ist lustig: Ein Gauner, in dem das was man sonst als Kopf bezeichnet, einloch verdrängt ist, eine dünne, übermerdliche Zusammenballung, so sieht gerade ein Revolutionär aus. Der ist jetzt Arbeiter. In seinem Leben hat er noch keine ansehnliche Arbeitstätigkeit — auch welcher Art nicht — verrichtet. Er führte ein zögnerisches Literatenleben zwischen allen Cafés, „Götzenwahn“ von Mittel- und Westeuropa und näherte sich geistig von politischen und literarischen Modestücken, die ihn als Mitarbeiter und Aufnahmestromer bedekten. Seit etwa 20 Jahren läuft er über die sozialdemokratischen Versammlungen als Diskussionsredner heim. Er kimpfte darauf los, was der Medecorum vorhielt und wenn einmal einem solchen Fährtengeheuer der mundtörende Schlag zu folgen drohte, dann redete er diesen mit kläglichem Männerstolz ab: „Am Gottes willen, tun Sie mir doch nichts, ich bin körperlich sehr feige.“ Noch vor wenigen Wochen bezeichnete er Echners als „gemeinen, infamen Lügner“, wie er ehemals Bebel, Wolf, Marx, Adolf Müller als infame Lügner bezeichnet hat. Das ist der richtige Mann für die Revolution, der richtige Mann, um Eisner zu ehren. Also, recht lustig fing in Mannheim an, aber der Fortgang war nicht humoristisch und geendet hat mit den Opfern, die die Tracommödie gekostet hat. Nein, der Belagerungszustand war mit gebührender Gründen gerechtfertigt. Es ist freilich richtig, daß außerhalb Mannheims auch ohne ihn nicht Schlimmes passiert wäre. Na, dann besteht der ganze Schaden darin, daß die Bürgerhaft einen Sonntag zwei Stunden früher nach Hause geschickt wurde.

Man muß immer an eine Scheidemannsche Erklärung denken: es ist jetzt einladender, sich mit der hohen Badische in einen Antriebsknoten zu legen, als auf einen Ministerstuhl. Alle deutschen Regierungen und auch solche von ehrlichem sozialistisch-demokratischem Willen kämpfen heute vergebens gegen den einen Feind: gegen das Misstrauen. In einer Zeit, in der ohnehin die Scham zu den Affen geflohen ist, wer wollte da dem andern vertrauen? Nun dar einer Regierung! Das alte System läßt sich eine politische Rache. Zudem es abtrat, nach es dem neuen noch in die Ferne. Die Vorkriegszeit: Regierung gleich Herrschaft von ein paar Auserwählten, gleich Volksherrschaft hat hunderte, tausende Jahre

zu wahren oder zu einem guten Teil von Recht beizubehalten. Jetzt sind die Verhältnisse und die Regierungen so ganz andere geworden, aber die Gewöhnung an jene Vorkriegszeit wird weiter fort. Mit diesem Misstrauen wird die Regierung erlöst fertig werden, wenn die allgemeine Denkwelt ebenfalls ihren Revolutionsritt getan hat, wenn die Volksmassen begreifen: Die Männer der Regierung sind nur unsere Geschäftsträger, nur Volksbeauftragte, die wir ohne jede Strafdemonstration nach Hause schicken können, wenn sie uns nicht mehr zuzagen. In den westlichen Demokratien Europas hat das Volk nicht annähernd die desorientierte Allmacht wie bei uns, aber ihre demokratische Kinderfußzeit haben Franzosen und Engländer hinter sich und so kommen sie gar nicht auf den Verdacht, daß ihre Regierungen nur dazu da seien, um das Volk oder einen Teil des Volkes über Ohr zu hauen. Dieses M-P-C der politischen Weisheit wäre schnell gelernt, wenn man sich zuerst mit der politischen Stammtischmanier abgewöhnen würde, sich für besser wissen zu halten und dazu die sentimentale Unfähigkeit, sich in der Rolle des Getretenen als wunder wie bemitleidenswert vorzukommen.

An belagerten Stammtischen sieht man wirklich Geisteser oder man würde sie andern vor. Unsere bürgerlichen Parteien seien auf und daran, die Gegenrevolution zu inszenieren und die alte Dynastiekraft wiederherzustellen. So etwas kann wohl gesagt, aber nicht überdacht sein. Etwas hat die Revolution vom 9. November zu einem guten Teil rein bürgerlich-demokratische Forderungen erfüllt. Abschaffung der Monarchie, Beseitigung der Monopole, das sind alte demokratische Forderungen. Wer auch nur mit einem Tropfen demokratischen Gutes getraut ist, der reißt sich wirklich nach der Herrschaft des alten Regierungssystems nicht. Und vor allem anderen: Ruhe ist nicht nur die erste Bürgerpflicht, sondern auch der erste Bürgerwunsch. Die Herrschenden dieser Kreise bis ins gräßliche Gebüht hinauf sind herzlich froh, daß sie am 9. November und seither mit so heiler Haut davongekommen sind. Eine monarchistische Erblast oder mögen Zehnmalte weniger in die Zukunftskämpfe ihrer ehemaligen Landesherren schiden, viel mehr werden sie nicht tun. Sie alle aber, die Bürgerlichen wie die Feudalen, werden sich immer hüten, ihre viel geliebte Ruhe durch konterrevolutionäre Aktionen auf Spiel zu legen. Ihr Sieg ist denn doch zu unwahrscheinlich und sie wissen sehr genau, was beim Scheitern eines derartigen Vorhabens folgt, ist nicht die Weibscham der Regierung (Eberl-Scheidemann), sondern die Geißel des Spartakus und der Frau Biss. Darum braucht man in die ausdrücklichen Erklärungen bürgerlicher Parteien, wonach sie ihr Einverständnis und ihr auch nur ihr widerwärtiges Einverständnis zu dem politisch-verfälschten Revolutionärschicksal bekräftigen, keine Zweifel zu legen. Hier in Baden haben wir erst recht keinen Grund dazu.

Und nun erleben wir uns also: aus der beängstigenden Atmosphäre des Misstruens und des Unbehagens zur Einsicht und zur politischen Klarheit. So viel Herzenswärme werden wir wohl nach aufbringen können, daß wir uns vor einer Revolution nicht fürchten, die wir selbst gerächt oder genehmigt haben und so die anständigen Selbstbestimmungen unserer uns auch zuzagen, daß wir nicht gleich nach Maschinenpewehren, M. und C-Mären a la Bremen und München und nach Handgranaten greifen, wenn unsere eigene Regierung eine Maßnahme mit feiner Verantwortungsbewußtsein trifft. Zum mindesten wäre das ein Gebot der Menschlichkeit eines in Sprungweite stehenden, der Spartakusmethoden sehr gut für keine politischen Zwecke zu brauchen weiß. O-n.

Die Vorgänge in Mannheim.

Mannheim, 26. Febr. Wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, war der am 23. Februar hier durchgeführte Ausschussverhandlung von langer Hand vorbereitet. Als Tag der Ausführung war zwar nicht der Samstag oder Sonntag in Aussicht genommen, vielmehr sollte der Ausschuss erst 14 Tage später vor sich gehen. Durch den Tod Eisners ist die Sache jedoch früher ins Rollen gekommen. Der von den Spartakisten bei der Erstürmung, Plünderung und Anbrandlegung der Mannheimer Gerichtsgebäude angerichtete Schaden ist sehr bedeutend. An dem alten Gefängnis wurde allein ein Schaden von 300 000 Mark verursacht, welchen die Stadt Mannheim auf Grund eines badiischen Kumulparagrafen vom Jahre 1851 zu tragen haben wird. Die vertriebenen vertriebenen Nachzügler, es seien bei den Mannheimer Vorgängen auch politische Gefangene befreit worden, ist unwahr, denn es gibt in Baden zur Zeit überhaupt keine politische Gefangenen. Die Befreiung der Spartakisten ist so umfangreich, daß man damit ein kriegsstarres Regiment ausrüsten könnte. Einen großen Teil der Waffen haben sie sich dadurch verschafft, daß sie das aktive Bataillon 110 entwaffneten. Uebrigens ist festgestellt worden, daß die Mannheimer Spartakisten auch mit Auswärtsverbindungen lachten; man weiß, daß noch in verschiedenen badiischen Städten sich Spartakistengruppen befinden.

Mannheim, 26. Febr. Eine sehr stark besuchte Mitgliederversammlung der sozialdem. Partei befaßte sich einhellig mit den Vorgängen der letzten Tage. Der Referent Genosse Garpunder gab einen Uebersicht über die Einigungsverhandlungen und ging auf die Gründe der allgemeinen Mißstimmung im Lande ein, die natürlich solchen Dingen Vorzug

setzt. Der Redner fand scharfe Worte gegen das Treiben gewisser Politiker in der badiischen Nationalversammlung, die sich gefürdet, aber die Gewöhnung an jene Vorkriegszeit nicht gelassen. Die bürgerlichen Elemente in der Regierung und im Parlament sollten sich bewußt sein, daß ein großer Teil der Mißstimmung in den Kreisen des Proletariats herbeigeführt wurde durch die Art, wie man dort die Anträge der Sozialdemokratie behandeln zu können glaubt. So wie die Verhandlungen in Karlsruhe geführt würden über den Vorfalsungsentwurf, so können sie unmöglich weitergeführt werden, wenn nicht das Land schweren Schaden erleiden soll. Diese Warnung soll als letzte Mahnung nach Karlsruhe gerichtet werden. Eine diesbezügliche Resolution wurde am Schluß angenommen.

Mannheim, 26. Febr. Die endgültigen Verhandlungen zwischen den Parteien durch ihre Abordnungen haben ihren Abschluß gefunden. Sie waren außerordentlich schwierig. Schließlich wurde auf dem Boden der von allen drei Seiten anerkannten Grundzüge, die die Reichspartei in ihrer Kommissionsverhandlung aufgestellt hatte, auf deren praktischen Durchföhrung folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die von der U.S.P. und der Kommunistenpartei erklärte Räterepublik wird als nicht bestehend erklärt. Die Parteien anerkennen die badiische vorläufige Volksregierung. Soweit sie dies nicht ausdrücklich tun, finden sie sich mit ihr ab.
2. Der sogenannte „revolutionäre Arbeiterrat“ tritt zurück. Das von ihm erklärte Standrecht und die von ihm getroffenen Bestimmungen sind hinfällig.
3. Der frühere Arbeiterrat besteht in der unten bezeichneten Form weiter.
4. Die von der U.S.P. und der Kommunistenpartei befehligen privaten und öffentlichen Gebäude werden, soweit dies noch nicht geschehen ist, sofort freigegeben. Der Presse wird volle Freiheit gemährt.
5. Sämtliche Waffen und Munition sind sofort an Vertrauensleute abzuliefern, die vom Volksausschuß zu bestimmen sind. Hierüber ergöt eine besondere Bekanntmachung.
6. In dem Arbeiterrat treten die U.S.P. von ihren bisherigen Sitzen an die Kommunistenpartei 5 Sitze ab.
7. Der Volksausschuß besteht von jetzt ab aus 5 Vertretern der Reichspartei, 3 Vertretern der U.S.P. und einem Vertreter der Kommunistenpartei.

Freiburg (Breisgau), 26. Febr. Die sozialdemokratische Partei, die unabhängige sozialdemokratische Partei, der Arbeiter- und Soldatenrat sowie die Gewerkschaftsorganisationen hatten für heute nachmittag, beginnend um 12 Uhr und endend mit dem heutigen Abend, einen Generalstreik proklamiert als Protest gegen die politischen Verhältnisse in Baden und gegen die gegenrevolutionären Bestrebungen. Auf dem Marktplatz hatten sich die Demonstranten heute mittag 2 Uhr zu einem großen Demonstrationsszug versammelt, der unter Vorantragen von roten Fahnen, die teilweise mit Trauerföhr geschmückt waren, durch die Stadt zog. Zu irgendwelchen Zusammenstößen ist es nicht gekommen. Ein Teil der Zeitungen ist nicht erschienen. Ein großer Teil der Geschäfte wurde heute nachmittag geschlossen.

Aufruf für ein badiisches Volksheer.

Mannheim, 26. Febr. Die Regierung erläßt folgenden Aufruf:

Mitbürger, Badener!
Die Heimat ruft Euch! Das Badiische Volksheer wird aufgestellt! Zwei Freiwilligenbataillone bestehen schon. Weitere Formationen folgen nunmehr. Die jungen Jahrgänge sind bis auf den Jahrgang 1899 entlassen. Weitere Soldaten, die freiwillig strenge Disziplin halten, sollen mit dem Schutze unseres geliebten Heimatlandes betraut werden.
Badener, Ihr habt Kriegserfahrung. Mut und Disziplin auf allen Kriegsschauplätzen in vier harten Jahren bewiesen, nehmt für Eure deutsche Heimat noch einmal die Waffe zur Hand und schützt die Heimat gegen die Gefahren, die ihr heute mehr wie je drohen. Ordnung war immer unter Stolz, heißt sie erhalten. Der Dank des badiischen Volkes ist Euch gewiß.
Es werden weitere Infanterieformationen aufgestellt in Durlach und Bruchsal, Artillerie in Söllingen (bei Durlach) und Freiburg, Kavallerie in Eppingen.

Streifbewegung in Frankreich.

Paris, 25. Febr. Wahrscheinlich infolge der Unmöglichkeit, sich mit den Streikenden über die gestellten Forderungen zu einigen, schlossen die Metallwerke von Basena ihre Pforten. Tausende von Arbeitern feiern.

Lokomotiventlieferung an Italien.

Wien, 25. Febr. Den gestrigen Abendblättern zufolge wird heute, nachdem Italien bereits einen von seinen drei Sechsmittelgütern eingekauft und noch weitere Gegenmaßnahmen angebrocht hat, mit der Ablieferung der von Italien verlangten Lokomotiven und Waggonen begonnen werden. Selbstverständlich unter voller Wahrung des von Deutschland reich vertretenen Rechtsstandpunktes. Hierbei wird insbesondere betont, daß diese Frage nicht etwa Deutschland allein, sondern allen Nationalstaaten, die aus der früheren österreichischen Monarchie hervorgegangen sind, berührt, wie denn auch der Fahrpost der Liquidation angehört und Deutschland keinen eigenen Fahrpost besitzt.

Seite 6.
Misch- und Aufgab
ausführ- en Verhält- se sind bis 1498
Abrechnung des vom 28. Jan.
überverbände n und ohne lohnes nach schneis gu n.
Ortsklassen:
Du E
0, 2,25
3,50
5, 7,50
1,75
1,75
1,60
übersteigen:
lassen:
Du E
5, 1.-
0,75
in die Orts- für die Ge- ten jeweilig
mimmung in
Unterstütz um 1. Apr
en über die auten wi
ber- um- end schlich ung
noch über rits- nicht lich
12
6
8
5
8
Ar- r- ö- die
7/10
8
7.-
4.-
3,50
2.-
1426
von
fertigung stellen ist, sicker zu 1888
von hier teres im s beigte
Agemeines Ent-
A. S.
abes:
15.
1498
von
10 Uhr

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 25. Febr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Ministerpräsident Scheidemann erklärt, die Regierung werde die Interpellation der deutsch-nationalen Volkspartei be. r. Uebergriffe einzelner Staatsverwaltungen in Bezug auf den Religionsunterricht an einem noch zu vereinbarenden Tage beantworten. Weiter steht auf der Tagesordnung der

Gesetzentwurf über die vorläufige Reichswehr.

Abg. Schöpplin (Soz.): Der Antrag ist ein Notbehelf. Es ist fast eine grausige Ironie des Schicksals, daß der Staat, der selbst die stärkste militärische Macht der Welt war, jetzt freiwillig die durch Zeitungsinsinuationen anverleumert. Eine einheitlich organisierte Truppe wird die vorläufige Reichswehr nicht sein, was aber einheitlich werden soll und muß. Ist, daß diese Reichswehr die Verfassung respektiert und bereit ist, sich der Reichsregierung unterzuordnen und den Reichsgeboten Geltung zu verschaffen. Notwendig ist auch, daß die Freiwilligen sich einer Kommandogewalt unterziehen und eine starke Disziplin haben. (Lebhafte Zustimmung.) Schon heute sehen unzählige Soldaten ein, daß die verkehrten Zustände in den Kasernen unmöglich so weiter gehen dürfen. Die Offiziere werden auf manches verzichten müssen. Auch die alte Gruppensittlichkeit ist wahrscheinlich unmöglich. Mit dem freiwilligen Gehen kann der Vorgesetzte durchaus respektiert werden. Der Antrag ist dringend. Es geht einfach nicht an, daß polnische, tschechische und andere Vandalen die Grenzen des Reiches bedrohen, oder daß Fanatiker und ein paar Verbrecher eine Schreckensherrschaft aufrichten. Deshalb hoffe ich, daß sich auch aus der sozialdemokratischen Arbeiterschaft genug Leute finden, die freiwillig eintreten. Da die neue Einrichtung nur kurze Zeit dauern soll, wiegt die Gefahr, daß die Reichswehr eine Söldnertruppe werde, nicht allzu schwer. Es gilt jetzt schnell und energisch zu handeln. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Gruber (Rt.): Die Schaffung einer vorläufigen Reichswehr ist so wichtig, daß wir jede Stunde als verloren ansehen, um die sie verzögert wird. Wenn diese Macht das leisten soll, was man erwartet, so muß Gehorsam und Disziplin walten. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Stehr (D. Dem.): Die neue Reichswehr kann natürlich nur klein sein. Sie wird aber ihren Zweck erfüllen, wenn sie auf starker Mannesucht aufgebaut wird. Wir fordern von der Regierung mit aller Entschiedenheit, daß sie dem ostpreussischen Grenzlande hilft, es vor den furchtbaren Folgen eines neuen russischen Einfalls zu bewahren. Wir fordern auch, ein weiteres Vordringen der Polen über die Demarkationslinie zu verhindern. Energisch muß im Innern des Landes für Sicherheit und Ordnung gesorgt werden.

Abg. Bäcker (D. N.): Wir sind durch die Vorgänge der letzten Wochen nicht überrascht worden. Sind sie doch nichts anderes als weitere Folgen der Revolution. Wenn jetzt endlich etwas geschieht, so ist es reichlich spät. Die Vorlage zeigt, daß die Sozialdemokratie umgekehrt hat. Es geht halt nicht ohne Militarismus. Den freiwilligen Truppen danken wir für ihre ausgezeichnete Hilfe. Man sollte die Offiziere wieder in ihre Ehrenrechte einsetzen. Zu militärischen Führern dürfen nur Sachverständige ernannt werden. Wir werden für das Gesetz stimmen. Der Zusammenbruch des alten Heeres ist uns tief schmerzhaft. Es war das beste Heer der Welt. Wir werden ihm nie vergessen, was es in diesem Kriege geleistet hat. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Gentle (L. S.): Wir treten dem Entwurfe auf das schärfste entgegen und verlangen bei seiner Wichtigkeit Kommissionsberatung. Die Darstellung der außenpolitischen Lage im Osten ist nichts als Schwindel. Wir wollen doch mit allen Kräften in Entschlossenheit leben, also auch mit den Russen. Mit dem Entwurfe scheint man auch die Soldatenräte endgültig beseitigen zu wollen; wir aber wollen den alten Kastengeist endlich verschwinden lassen. Bei diesem Gesetzentwurf handelt es sich darum, die vorwärtsdringende Kraft niederzudrücken. Die Vorlage ist ein Stück Wiederbelebung des Militarismus. Deshalb bekämpfen wir sie.

Reichsminister Noske: Der Antrag der Partei trägt lediglich der dringendsten augenblicklichen Notlage des Reiches Rechnung. Für eine Regierung, die zur Hälfte aus Sozialdemokraten besteht, ist es gewiß außerordentlich unerwünscht, daß eine ihrer ersten Maßnahmen darauf gerichtet sein muß, neue starke militärische Machtmittel aufzustellen und gegen die eigenen Volksgenossen Gewalt anzuwenden, wenn das geschieht, so nur deshalb, weil es im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung und des Bestandes des Reiches notwendig ist. Mit diesem Gesetz wird vollständig der Anfang zu straffer

Einheit auf militärischem Gebiet gemacht werden. Den Freiwilligenverbänden sind wir zu hohem Danke verpflichtet. Die Werbepostale in den Zeitungen, die eine unerwünschte Erscheinung sind, werden jetzt aufhören. Ich hoffe, in nicht zu langer Zeit Regel und Ordnung in unser Heer zu bringen. Es wäre eine verbrecherische Leichtfertigkeit, wenn die Regierung nicht darauf bedacht wäre, die von Volkswirren bedrohte ostpreussische Grenze zu schützen. Die Stärke der Reichswehr wird, wenn wir viel Glück haben, nicht ein Drittel der alten Heeresstärke betragen. Das Ausland braucht also keinen Anlaß zu Mißtrauen zu haben. Die Abänderungsanträge der Parteien enthalten lediglich Selbstverständliches. Ein Mitbestimmungsrecht, das sich mit der Schlagfertigkeit der Truppen vereinbaren läßt, muß der Mannichkeit zugestanden werden. Es muß aber alles darauf gerichtet werden, daß straffe Manneszucht und tadellose Disziplin herrscht. Ich glaube, namens der Regierung den Parteien versichern zu können, daß sie bemüht sein wird, so reich wie möglich ein Instrument zu schaffen, das uns das erforderliche Maß von Sicherheiten an den Grenzen und Ordnung im Lande garantiert. Ich hoffe, daß das hohe Vorhandensein der Reichswehr schon derartig wirksam wird, daß sie zu ernstlichen Kämpfen nicht Verwendung finden wird. (Beifall.)

Abg. Ahmann (Deutsche Volkspartei): Viel wird bei der Freiwilligenwerbung nicht herauskommen. Wenn wir Ostpreußen nicht schützen, verlieren wir unser wichtigstes Ernährungsgebiet. Bei den Mang- und Ordnungsabweichen handelt es sich um tiefe Gemütsverwirrung. Der Glaube an die Gegenrevolution ist ein Irrglaube. Wir haben ganz andere Sorgen, es geht um unser Leben. Hoffentlich hat sich schon allein der Entschluß, eine Reichswehr zu schaffen die Wirkung, die wir alle erhoffen.

In der Einzelberatung spricht Abg. Ritter von Langheim (D. N.) für den Antrag der Reichsparteien, wonach besonders bewährten Unteroffizieren die Offizierslaufbahn eröffnet werden soll. Die schnelle Scheidung zwischen Offizier und Mann muß heftig werden.

Reichsminister Noske wendet sich gegen die von den Unabhängigen Sozialdemokraten eingebrachten Abänderungsanträge. In der Auswahl der Formationen, die in die vorläufige Reichswehr aufgenommen werden sollen, sollte man die Regierung nicht binden. Es bestehen zahlreiche Formationen ohne jeden militärischen Wert, die man nicht aufnehmen kann. Die Reformen vor konstitutionellen Bewegungen in der Reichswehr sei hinfällig und erscheine als übermäßiges Maß von Mißtrauen in die politische Reife des Volkes. Ueber die Stärke der Reichswehr werde Bericht erstattet werden. Man werde aber nicht die Verpflichtungsmacht angeben dürfen, denn es würden zur Zeit allein in deutschen Lagern an noch 200 000 Kranke und Verwundete gepflegt, die noch der Heere angehörend.

Darauf wird der Entwurf nach den Anträgen der Antragsteller ohne Debatte erledigt. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr Reichswehrgesetz. Kleinere Vorlagen, Verfassungsentwurf. Schluß gegen 2 Uhr.

Deutsches Reich.

Er will Architekt werden.

Aus Amsterdam wird gemeldet: Der ehemalige deutsche Kaiser soll, wie man sich in Holland erzählt, erklärt haben, er werde als einfacher Bürger leben, wie ihm das die Rücksicht auf das Wohlbefinden seines Landes noch lege. Unmöglich könne er nicht sein. Und wie er seine Ehre als ein Hardwörter lernen ließ, damit gegenüber den Beschäftigten des Lebens jeder gewappnet sei, so werde auch er sich praktisch betätigen und nun seine Studien als Architekt ergänzen, denn auf diesem Gebiete gebe es zu arbeiten. — Im Projektmachen hatte der ehemalige Kaiser schon immer was los.

Kleine Nachrichten.

W. Hamburg, 25. Febr. Die „Hamburger Nachrichten“ melden aus Cuxhaven: Ein zur Abfertigung bestimmtes von dem Dampfer „Poland“ gekleptes U-Boot ist auf Dagebøen gesunken. Die Mannschaft wurde gerettet. „Poland“ kehrte nach Cuxhaven zurück.

W. Bern, 24. Febr. Die deutsche Saluta stürzte im Anstich an die Ereignisse in Deutschland heute um 6 Prozent und erreichte mit 15 ihren größten Tiefstand.

W. Newport, 25. Febr. 14 Spanier wurden am Sonntag unter der Andeutung, ein Komplott gegen Präsident Wilson angezettelt zu haben, verhaftet.

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thieme. (Nachdruck verboten.)

Nein, sie war es noch nicht ganz. Es galt, so reich als möglich diesen Ort zu verlassen und ein gutes Versteck zu suchen. Mühsam erhob sie sich und hinkte fort. Nicht weit von der Straße bildeten eine Anzahl Fichten und Birken ein kleines Wäldchen, dorthin schleppte sie sich, und erst, als sie den Schutz dieser Büsche erreicht hatte und nicht mehr von der Hertritte aus gesehen werden konnte, ließ sie sich vollständig nieder. Daß sie den brutalen Gesellen nun nicht wieder in die Hände fiel, wollte sie schon sorgen. Ueber sterben!

Der kleine Gaim oder Gag, der sie barg, war nicht groß. In der Mitte entdeckte sie eine feinstenartige Vertiefung. Sie kroch mehr, als sie lief, da hinunter, denn ihr Knie war steif und schien zu zittern. Große Steine lagen umher, sie und da hatte man Löcher in die Steinwand gebrochen. Dann war der Bruch verlassen worden, vielleicht schon seit vielen Jahren, der Krieg hatte die Arbeit unterbrochen. Infolgedessen wackerten Klippen und Gerölle wieder empor, und wenn sie auch alles noch von Wäldern entblößt fand, so verschlangen sich doch die üppigen Äste und Zweige zu einem dichten Vorhang, den das massenhafte auf ihn gefallene Laub noch verstärkte. Sinter einer solchen Draperie, in einer ziemlich geräumigen Aufkantung, suchte Margarete Deckung, befreite durch Weiben an einer scharfen Steinante ihre Hände von den hindernden Banden, und jetzt zum ersten male hob sich wieder frei und entlastet ihre schwer bedrückte Brust.

Der Aufenthalt bot keine besondere Behaglichkeit. Ein Laub unterlage riefte sie zusammen, aber die Morgenluft war kalt, auch litt sie körperliche Schmerzen, und Durst und Hunger, die großen unbesiegbaren Tyrannen des Menschen, wurden allmählich fühlbar. Der Frost machte Margarete wenig zu schaffen. Not und Notwendigkeit hatten sie abgerbetet, sie war seit Jahren an dürftige Bekleidung, an Verstecke an waldreichen Stellen, an Schläfen im Freien gewöhnt.

Ihre Widerstandskraft hatte sich den Entbehrungen und Anfechtungen des Hungers und der Kälte gemessen gezeigt. So war sie auch jetzt weit von dem Stadium entfernt, wo die Körperkräfte durch Mangel an Nahrung schwach werden. Ihr Kopf war ja von ganz anderen Sorgen eingenommen.

Vor allem aber bedurfte sie der Ruhe, ein oder Stunden der Sammlung, des Besinnens! Sie mußte sich wieder klar über sich selber werden, mußte eine Stunde haben, ihres Vaters zu gedenken, ihren Seelenkummer völlig zu erlassen. Nicht um ihm zu erliegen, dazu fand sie keine Zeit in diesen Umständen. Die Verhältnisse drängten Margareten vorwärts, ihr Schicksal war, weiter zu gehen, bis sie einen Ruhepunkt fand, weiter über Leichen und Gräber hinweg, über Schmach, Gefangenschaft, Hunger, Kälte, Anechtung und Mißhandlung! Das ist der Vorteil solcher Zeiten, daß ein Ereignis das andere nach dem Gebote der natürlichen Notwendigkeit im Gezen auslöst. Der Mensch hat nicht gut Raum für mehrere gleichzeitige Empfindungen, eine ja die andere hinweg. So trat das Vorgehen weit hinter das Gehten und dies hinter das Beste zurück — seit dem schrecklichen Tode ihres Vaters schien so lange, lange Zeit vergangen, und auch die verlassene Nacht dünkte ihr wie eine Reihe von vielen Tagen.

Nach einigen Stunden ungeschörter Träumerei ließ sie sich Margarete neu gefaßt. Nur ihr Knie begann sie immer mehr zu schmerzen, sie betrachtete die Stelle und fand sie blutig gefaßt und angeschwollen. Wasser gab es wohl kaum in der Nähe, aber sie wußte sich zu helfen. Die Sonne taute den Reif der Nacht von Steinen, Sträuchern und Wäldern. Margarete machte die schmerzliche Feuchtigkeit in die hohle Hand, löste ihren Durst und ließ die brennende Stelle für ihren immer mehr nagenden Hunger freilich entdeckte sie kein Veränderungsmittel, aber sie konnte jetzt nicht daran denken, sich um des Wagens willen der Gefahr neuer Ergreifung auszuliefern. So hatte sie sich in ihrem Versteck aus Bon der Straße her durch des öfteren das Getöse der Seereszüge, sie vernahm das Getöse und die Lärme der Soldaten, das Schreien und Wehern der Rosse, das Anarren der Räder. Doch niemand störte sie hier — was sollte man auch in dem

Baden.

Keine Notverfassung, Stammgüter. Unentgeltlicher Unterricht. Verhältnismäßigkeit für die Kreisversammlung.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses forderten aufgrund der Ereignisse der letzten Tage die Fraktionen, die Verfassung möglichst bald fertigzustellen und im Plenum zu verabschieden. Ein Vorschlag, jetzt eine vorläufige Notverfassung herauszugeben, wurde fast allgemein zurückgewiesen. Man war der Ansicht, daß es bei der gegebenen Sachlage notwendig ist, durch Verabschiedung der endgültigen Verfassung den revolutionären Massen zu beweisen, daß die Demokratie für Baden in jeder Hinsicht endgültig gesichert ist. Zunächst wurde der § 67, die Stammgüter betreffend, formuliert. Die Sonderrechte der bestehenden Familien- und Stammgüter mit Einschluß der Fideikomisse des großherzoglichen und des Hausvermögens der standesherrlichen Familien sind aufgehoben.

Bei § 19 stand noch die Frage der Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittelfreiheit offen. Ueberdies eines demokratischen Vorschlags einigte man sich auf folgende Fassung: „Der Unterricht an der Volk- und Fortbildungsschule ist unentgeltlich. Für minderbemittelte Schüler hat die Gemeinde die erforderlichen Lernmittel zu beschaffen. An den öffentlichen höheren Lehranstalten einfall der Hoch- und Fachschulen ist der Unterricht für diejenigen unentgeltlich, die tüchtig und bedürftig sind.“ — Was die Frage der Privatschulen angeht, so wurde unter Stimmhaltung der Sozialdemokratie festgelegt, daß private höhere Lehranstalten errichtet werden können, soweit sie der gesellschaftlichen Bedingungen entsprechen.

Zu § 20 wurde die allgemeine Verhältnismäßigkeit für die Kreisversammlung und Bezirksräte abgelehnt; sie soll nur für die Gemeindeglieder gelten. — In dem sozialdemokratischen Antrag des Verfassungsausschusses für Neigungskaufverträge erwähnt ein demokratischer Redner, daß ein solches Gesetz im Rahmen der Reichsgeleise nicht möglich ist. Die Regierung wird sich aber mit dieser Materie befassen, und sie wird gebeten, den diesbezüglichen Gesetzentwurf möglichst zu beschleunigen.

Damit kommt die Kommission zur letzten noch ausstehenden Debatte, zur Patronatsfrage. Ein Regierungskommissar gab dazu die notwendigen geschäftlichen Ausführungen. Die Darlegungen erhalt die Mitglieder des Ausschusses als Denkschrift des Ministeriums des Kultus und Unterrichts. In der Nachmittagsitzung wurde die Besprechung fortgesetzt.

Der Gesetzentwurf über die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung.

Der soeben im Druck erschienene Gesetzentwurf über die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung in Baden sieht u. a. vor, daß künftig bei den Gemeindevahlen das Verhältniswahlverfahren zur Anwendung kommt, daß die Frauen das Wahlrecht besitzen und daß alle 20jährigen Personen, die seit sechs Monaten in der betr. Gemeinde ihren Wohnsitz haben, wahlberechtigt sind. Ferner enthält das neue Gesetz die wichtige Bestimmung, daß die Oberbürgermeister und die Bürgermeister vom Bürgerausschuß, die Stadträte von den Stadtverordneten gewählt, daß den Stadträten eine Entscheidung über die Zeitdauer zu gewähren ist und daß das Amt des Stadtrats wie des Stadtverordneten drei Jahre dauert. In dem Gesetzentwurf wird auch fernerhin bestimmt, daß innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes in allen Gemeinden und Städten Neuwahlen stattzufinden haben.

Volkstümliche Vereinigung und Sozialdemokratie.

Von Gen. Stadtrat Dr. Diez geht uns folgendes Schreiben zu: Soeben erhalte ich ein von dem Vorstand der volkstümlichen Vereinigung, Bezirk Karlsruhe, herausgegebenes Gedrucktes und an die evangelischen Pfarrer des Landes gerichtete Kundgebungs mit einer Aufforderung zum Beitritt zu der volkstümlichen Vereinigung, in welchem sich folgender Passus befindet:

„Unser Ziel ist eine lebenswarme und starke Volkstümliche, die getragen ist von der Liebe ihrer Mütter, Männer und Frauen aller Stände und Parteirichtungen haben sich uns freudig ange-

armeligen Wäldchen erhoffen? Und selbst Turdus forsteri des Gains hätten kaum ihren Schlupfwinkel aufgefunden. Nachmittags wärmte auch die Sonne immer mehr, sie ließ sich, soweit es in ihrer Lage möglich war, behaglich und fest für mehrere Stunden in seinen Schlaf.

Finsternis war rundumher, als sie die Lider öffnete. Entsetzt schloß sie sie wieder zu, sie hatte in ein paar glühenden, feurige Augen geschaut, die durch eine kleine Rinde im Gedächtnis zu ihr herinkam. Margarete erbeute — sie hatte schon mehrmals nachts diese Augen funkeln sehen. Es war ein Wolf, der ihr Versteck entdeckt hatte, und sie beschloß keine Waise sich gegen ihn zu schützen, wenn sie auch mutig neuer wäre, davon Gebrauch zu machen. Je mehr die Zahl der menschlichen Bewohner unseres Vaterlandes in jener traurigen Zeit von Jahr zu Jahr herabfiel, je mehr füllten sich die Wälder mit Wölfen und wilden Tieren, und es war nichts Seltenes, daß hungrige Wölfe am hellen Tage in der Nähe von Dörfern und Städten die Menschen anfielen.“ Natürlich wurde die Volkstümliche Kommission lebhafte besprochen, sowie auch die Mittel, die zur Rettung der Ueberlebenden dienen konnten. Margarete hatte gehört, daß es am besten sei, sich niedergulagern und regungslos liegen zu bleiben. Man sollte ihr mehrere Hülle erzählt, in denen sich die Wölfe durch die Ritze vom Arriffe hatten abhalten lassen. Freilich mußte sie nicht, ob diese Geschichten wahr seien, jedenfalls blieb ihr in ihrer Lage keine andere Möglichkeit der Abwehr übrig. Daher beharrte sie bewegungslos in ihrer außerordentlichen Lage, rührte nicht Hand und Fuß und hielt selbst die Augen fest geschlossen, obwohl ihr Herz angstvoll klopfte und das Blut heiß nach ihren Schläfen strömte.

*) Martin Schmeigel berichtet in seiner Chronik: Am 9. März 1643 werden drei Bürger, Martin Kalemann und Andreß Eder, in dem Mühlthal (dort bei Jena) von einem Wolfe angefallen. Dem ersten hat er vier Löcher in den Arm gebissen, ist aber doch von ihnen erlitten worden.

(Fortsetzung folgt.)

Soziale Rundschau

• **Kastatt, 26. Febr.** Wie wir erfahren, ist es gelungen, in der Lohnbewegung bei der Mäbelfabrik Treppner eine Einigung mit der Firma zu erzielen. Die Firma hat im großen und ganzen die Forderungen der Arbeiterschaft bewilligt.

Kommunalpolitik.

• **Ettlingen, 20. Febr.** Nach dem Rechnungsjahresbericht der Stadt Ettlingen für das Jahr 1918 betragen die Ausgaben der Stadt 587 846 M., 83 645 M. weniger, als vorgesehen war. Die Einnahmen beliefen sich auf 755 993 M., gegen 688 717 M. im Voranschlag. Das Vermögen der Stadt beträgt 7 478 693 M., die Schulden 4 093 564 M., das reine Vermögen 3 385 129 M., gegenüber dem Vermögen des Vorjahres hat es um 87 772 M. zugenommen.

• **Kastatt, 21. Febr.** Der hiesige Bürgermeister Kerner hat sich genötigt gesehen, in einem Zeitungsinterview bekannt zu geben, daß ihm in Briefen an die französische Kommandantur in Karlsruhe vorgeworfen worden ist, daß er der Einwohnerlichkeit im freundschaftlichen Verkehr mit den französischen Truppen Schwierigkeiten bereite. Der nähere Grund, weshalb sich hiesige Bürger über ihn bei der französischen Behörde beschwerten zu müssen glaubten, entzieht sich unserer Kenntnis. Soviel wissen wir aber, daß der betr. Herr noch etwas andere auf dem Gewissen hat. Dinge aus der Kriegszeit sind noch nicht vergessen und werden es bleiben, bis mal wieder Bürgermeisterwahl ist. Die geradezu mangelhafte Lebensmittelversorgung ist einer dieser Punkte, insbesondere die Milchversorgung. Es ist noch nicht so allzu lang her, daß die Arbeiterkinder ohne Milch sein mußten, weil die Frauen nichts für ihre Säuglinge von den Milchhändlern bekamen. Weil man bei einer Unzufriedenheit der Bevölkerung auf dem Rathaus verweisen hat, so sind noch mehr dies und das. Wenn bald die Neuwahlen für die Gemeinderäte in allen hiesigen Orten sind, dann werden auch hier einige Sozialdemokraten aufs Rathaus aufzusehen, denn nach den Wahlsystemen haben sie das Recht zu mehr als einem Drittel. Und bei der nächsten Bürgermeisterwahl werden die Sozialisten wohl auch einen eigenen Kandidaten aufstellen.

• **Kastatt, 21. Febr.** Am Freitag lief hier ein Gerücht durch die Stadt, der Leiter der hiesigen Milchzentrale sei verhaftet worden. Dies trifft nicht zu. An der Milchbewirtschaftung gab es ja mancherlei Änderungen, den ganzen Krieg über und auch jetzt noch. Auffällig geradezu und vielen ferner Wohnenden direkt unangenehm war es und ist es, wie die Konjunktur gerade immer der Milchfälle zugewiesen werden (vom Rathaus aus), und nicht den Milchhändlern, die von den Lössen in die Stadt kommen.

• **Bühlertal, 25. Febr.** Als Bürgermeister unserer Gemeinde wurde Gemeinderat Albert Bäuerle gewählt.

• **Offenburg, 20. Dez.** Nach dem Rechnungsjahresbericht der Stadtgemeinde über die Einnahmen und Ausgaben der städtischen Kassen für das Jahr 1918, der jetzt den Mitgliedern des Bürgerausschusses zugegangen ist, betragen die Umsätze sämtlicher Kassen fast 12 Millionen Mark. Das Gesamtvermögen der Stadt wurde auf 13 119 326 M. festgestellt. Die Schulden betragen 8 330 170 Mark, das Reinerlösbetrag demgemäß 4 789 156 M. Es hat sich um 307 690 M. verringert.

Aus der Stadt.

• **Karlsruhe, 26. Februar.**

Die Spaltung der Arbeiterjugend

ist nun auch hier infolge der dauernden Trennung jugendlicher Anhänger der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, hin und her zweifellos erwachsene „Interessensachen“ stehen, zur Tatsache geworden. Obwohl die Leitung der Arbeiterjugend alles tat, um die Sineintragung des elenden Parteienkampfes in die Reihen der Jugendlichen zu verhindern und obwohl die Jugendleitung sich bemühte, wenigstens in den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen das Gefühl der Gemeinsamkeit, der Solidarität hochzuhalten und den Bruderkampf fernzuhalten, wolle es die fanatisierten jungen Parteimitglieder der Unabhängigen nicht mehr haben, ihr Parteinteresse ging ihnen über das Gesamtinteresse der proletarischen Jugend, es mußte nach ihrem Willen die Trennung vorgenommen werden. Und bezeichnend für das Vorgehen dieser jungen Großwüter des allein wahren Sozialismus ist, daß ihre eifrigen Stützen und Förderer einige junge Leute aus bürgerlichem Lager sind, denen jedes proletarische Empfinden abgeht, deren Gefinnungswandlung im Eiltempo der Revolution vorwärts schritt, die in drei Monaten vom Bürgerturn über die Mehrheitssozialdemokratie zu den Unabhängigen hinüberwechseln haben und die wir wohl in Kürze noch weiter links stehen sehen werden. Der Schritt der Unabhängigen erhält durch die Hilfe dieser bürgerlichen Elemente noch eine besonders grelle Beleuchtung.

Wir bedauern diesen Schritt der unabhängigen Jugendlichen aufs Tiefste, wenn wir ihnen auch offen sagen können, daß sie der Arbeiterjugend an sich keinen Schaden damit zufügen können. Die abgeblitterten jungen Leute stehen in einem Alter, in dem sie ohnehin nicht mehr zur Arbeiterjugend zu zählen waren, sie sind durchwegs über 18 Jahre alt, gehören deshalb kaum zu den Klassen sozialdemokratischer Parteimitglieder in die politische Organisation. Die wirklichen Jugendlichen, die 14—18jährigen bleiben ihrer Arbeiterjugend treu, sie begriffen es sogar, daß nun wieder der unterhaltenden und belehrenden und erzieherischen Arbeit Platz gemacht ist nach den Auseinandersetzungen der letzten Wochen. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterjugend, die in den letzten Monaten einen so prächtigen Aufschwung genommen, nun erst recht sich auf der Bahn nach vorwärts weiter entwickeln wird, daß nun die Abende im Jugendheim, die Wanderungen und alle anderen Veranstaltungen um so lebender und genussreicher gestaltet werden.

An der Arbeiterschaft aber, an den Arbeitereltern, liegt es nun, die kleine Wunde, die die Spaltung der Unabhängigen gerissen, auszufüllen dadurch, daß sie ihre jungen Söhne und Töchter der Arbeiterjugend zuführen. Was will das heißen, 60, 70 oder 80 Besucher an einem Abend bei den Tausenden Arbeiterkindern! Die Arbeitereltern müssen endlich auch hier einmal sich bemühen werden, um was es sich handelt. Es genügt nicht, daß der Vater und die Mutter in der Partei und der Gewerkschaft sind, der Sohn und die Tochter müssen auch in die Arbeiterjugend, so soll es in der Klassenbewegung proletarischer Familie sein. — Die Eltern haben jederzeit Zutritt zu den Veranstaltungen der Arbeiterjugend die jeden Donnerstag abend von 8—10 Uhr im städtischen Jugendheim stattfinden. Am morgigen Donnerstagabend wird das Proqramm für die kommenden zwei Monate beraten, außerdem ist Ver-

abend. Die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen mögen recht zahlreich erscheinen; ein vollbesetztes Jugendheim, das ist die beste Antwort auf die treulose Abspaltung der jungen Kameraden.

„Ach, ... Bauarbeiter!!!“

In den letzten Tagen mußte ich die Wahrnehmung machen, daß man wiederholt versucht hat, meine Person und auch meine Tätigkeit in den Schmutz zu ziehen, rein zu dem Zweck, in die Reihen der Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Freigewerkschaft Karlsruhe einzuwirken. So wurde fälschlich die Besetzung aufgestellt, ich hätte die Interessen der bei der Stadt Karlsruhe beschäftigten Notstandsarbeiter nicht so vertreten, wie dies meine Pflicht gewesen wäre.

Nach will denjenigen, die den Versuch gemacht haben, in dieser unehrenhaften Weise gegen mich vorzugehen, kurz und bündig sagen, daß sie von den Dingen, die in obiger Sache gingen, nicht oberflächlich unterrichtet waren, sonst würden sie sich zu einer derartigen Kampfesweise nie hergelassen haben. Ich erkläre hier ausdrücklich, daß der Tarifvertrag, wie er für das Baugewerbe festgelegt (insbesondere in der Lohnhöhe), auf eine Veranlassung für alle im Baugewerbe beschäftigten Notstandsarbeiter seitens der Stadtverwaltung durchgeführt wurde. Weiter erkläre ich, daß für eine Anzahl von Notstandsarbeitern, die nicht direkt als Tarifarbeiter in Betracht kamen, Löhne festgelegt wurden, die etwas niedriger wie die Löhne der Tarifarbeiter waren. Das lag aber nur in dem Umstand, daß für das Baugewerbe kein Tarifvertrag vorhanden ist. Sofort, als in die Frage kommenden Notstandsarbeiter Forderungen dahingehend gestellt haben, daß auch sie die Tariflöhne bekommen, war ich derjenige der bei der Stadtverwaltung in diesem Sinne die Vertretung übernahm. Heute sind auch diese Löhne tariflich geregelt.

Um aber denjenigen, die da glauben, bei den Bauarbeitern und insbesondere bei den Notstandsarbeitern meine Person in Schmutz ziehen zu sollen, Aufschluß über mein Verhalten zu geben, sei hier klipp und klar erklärt, daß wir, d. h. ich als Vertreter des Bauarbeiterverbandes, nur dann die Vertretung der Arbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiet übernehmen, wenn sie Mitglieder einer Gewerkschaft sind. Es fällt mir nicht ein, Schläge ein, daß ich für Arbeiter, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, die Vertretung übernehme. Das ist der feste Wille aller Mitglieder des Bauarbeiterverbandes und wird dieser Wille auch von den Leuten, die da glauben, im Krüben wieder zu können, nicht beeinträchtigt werden. — Im übrigen richte ich an die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes den dringenden Appell, jedem, der da meint, gegen die Leitung unseres Verbandes handeln zu müssen, den richtigen Weg zu zeigen. In den meisten Fällen handelt es sich immer um solche Leute, die gewerkschaftlich nicht organisiert sind und sich auch nicht mit ihrer Organisation gefühlmet haben. Schimpfen, sich vom Belegschaften drücken und sich von anderen die Notizen aus dem Finger holen lassen, das können nur besonders dazu veranlagte Leute. Merkt Euch das, ihr organisierte Bauarbeiter, und handelt danach!

Weiter muß ich den Kollegen des Bauarbeiterverbandes auf wiederholte Anfrage mitteilen, daß der Zweigvereinsvorstand niemanden beauftragt hat, die Kollegen an den verschiedenen Baustellen zu einer Versammlung am Dienstag mittig einzuladen. Es muß also offenbar eine Umkehrung sein, wenn sich jemand als Beauftragter des Bauarbeiterverbandes an den Baustellen am Dienstag ausgegeben hat. Also auch hier ist Vorsicht am Platze. Der Bauarbeiterverband ist dem Gewerkschaftsartikel in Karlsruhe angegeschlossen und bezieht die Mitgliedschaft von letzterem als bindend für sich.

Das Gewerkschaftsartikel hat nun in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratischen Partei auf Freitag den 28. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der Festhalle eine Versammlung einberufen und fordern wir alle unsere Mitglieder auf, am Freitag ab dem Nachmittags zu erscheinen und vollständig in dieser Versammlung zu erscheinen.

August Philipp,

Geschäftsführer des Bauarbeiterverbandes in Karlsruhe

Protestversammlung der U.S.P. Zu einer Protestversammlung hatte gestern nachmittags die U.S.P. ihre Parteimitglieder in den großen Festsaal eingeladen. Ihrem Ruf folgten etwa fünfhundert Personen; also äußerlich keine besonders imponierende Demonstration. Referat und Diskussion nahmen indessen einen eindrucksvollen Verlauf. Ein paar Entgleisungen des Referenten trafen gegen den „Vollstreifen“ mögen flüchtig übergegangen werden, um des Friedens aller sozialistischen Parteien willen zu dessen Herbeiführung der Referent nachmals aufgefordert hat. Der Protest selbst richte sich nun gegen die Maßnahmen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung, durch die nach der Meinung des Referenten Zustände geschaffen wurden, die einerseits in rechtlichen Punkten, andererseits in Vorformalitäten in einem Mannheimer zum Ausdruck kamen. Viel Uebertreibung und viel Entsetzlichkeit war dabei. Aber nicht alles, was Krüze in durchaus sozialistischer Form vortrug, soll als falsch oder belanglos abgetan sein. Wenn er die Regierung rügt, daß sie zur Abheilung der Lebensmittellage nicht allen Möglichkeiten Rechnung getragen habe, daß sie beispielsweise einen Erzeugerplan bei Neurecht nicht den Bauern zur Anpassung überlassen habe, wenn er andererseits auf die vielen leeren Plätze und Willen hinweist, die der Wohnungsnot abhelfen könnten, so sind das Anregungen, deren Durchführung der Regierung nur zu empfehlen ist. Die parlamentarische Schuld und die Schuld ihrer Gefinnungswandlung U.S.P. ist, er allerdings kurz und bündig mit den Worten ab: einzelnes ist ja vorgekommen, das wir auch nicht billigen. Und gar die Manöver in der Vorgänge deutete er zwischen den Zeilen als Folgen von Manipulationen eines agent provocateur. Werthwürdige Einzelheiten sind indes angeführt worden, ohne daß ihre Aufzählung irgend etwas unternommen haben, um die auf die Provocation hingewiesenen Hinterher festzusetzen. Am schärfsten ging Krüze mit der Regierung wegen der Verhängung des Belagerungszustandes ins Gericht. Unsere Meinung haben wir gestern bereits ausgesprochen und tun es heute abermals im Detail. Auf dem springenden Punkt der Trennung zwischen alter sozialdemokratischer Partei und U.S.P. ging der Referent nun lange nicht mit der Gründlichkeit ein, die dieses Problem erfordert. Das tat mit wüthender Leidenschaft und im Hinweis auf die Lehrer und Klaffter des Sozialismus Genosse Dr. Diez in der Diskussion. Erst müsse etwas erst müsse genügend da sein an Lebensmitteln, an Rohstoffen, an Werkzeugen, dann könne man sozialisieren. Im wirtschaftlichen Ziel einig mit der U.S.P., müssen wir uns doch trennen, weil wir den Zeitpunkt der Verwirklichung noch nicht für gekommen ansehen. Den neuen Tag können wir alle herbei, aber wir wollen keine Experimente, die auch nach dem Reiz unserer Wirtschaftskraft das Lebensglück ausbläuen.

Sozialdemokratischer Verein Karlsruhe. Heute abend 8 Uhr Vorstandssitzung.

Heber Wohnungslosen und Alkoholfrage spricht am heutigen Mittwoch, abends halb 8 Uhr, Minister Genosse Marzloff im Nebenraum des Reformklubhauses Kirten, Kaiserstraße 66, 1 Tr. Der Vortrag wird von der Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Arbeiteradhtenenten-Vereins veranstaltet. Kein Vereinskongress; Eintritt frei. Es ist zu erwarten, daß der Besuch des Vortrages, der eine brennende Gegenwartsfrage behandelt, und zu dem Referatmann Zutritt hat, ein guter sein wird.

Unfall. Gestern früh 8 Uhr wollte ein Volkwehmann auf der Wache in der Goethestraße seine Dienstpistole reinigen. Dabei entlud sich die Waffe und die Kugel drang dem in der Nähe stehenden 45 Jahre alten Volkwehmann Philipp Grewlich von hier in die Brust und verlichte ihn lebensgefährlich.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheausgaben. 22. Febr.: Karl Bach von Ruchbaum, Tagel. hier, mit Luise Hennhöfer Wwe. von Ettlingen Ab. Geh. von hier. Dackeder hier, mit Monika Reiser Wwe. von Ruchbaum. Thomas Bach von Seeborn, Bierbrauer alda, mit Elise Seher Wwe. von Leddesheim. Franz Nalch von hier. Schloffer hier, mit Gertrud Schneider von Danz. Verhoff Reiser von hier. Kaufm. hier, mit Anna Meier von Durlach. Gaja Mikowid von Leichnow, Kaufm. in Darmstadt, mit Dora Filozof von Log. Salomon Rosenbaum von Brzeska. Kaufm. hier, mit Emma Stecher von Gadow.

Eheschließungen. 22. Febr.: Josef Müller von hier, Gärtner hier, mit Wilhelmine Ulrich von hier. Ludw. Rordal von Gadow, Feldwebel hier, mit Elisabeth Müller von hier. Hof. J. Goller von Weingarten, Vergewerter hier, mit Blanka Gutenkunst von hier. Schaffner von hier. Max Lang von hier. Glaser hier, mit hier. Konrad Kellermann von hier. Maschinenarb. hier, mit Anna Rothstein von Sindlingen. Emil Wehner von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Pauline Hermann Wwe. von Linfenheim. Fern. Glaz von Neustadt i. Schw. Dreher hier, mit Emilie Nepple von Eppingen. Adolf Hering von hier. Juchtschmied hier, mit Selwig Morgenell Witwe von hier. Karl Schwarz von hier. Kanalarbeiter hier, mit Anna Kirsch von Wöflingen. Gustav Unangit von Borsheim. Hilfsarbeiter in Buda, mit Anna Dager von Mülheim; Ludwig Sigist von Leopoldsdorfen, Hilfsarbeiter hier, mit Luise Müller von Leopoldsdorfen.

Geburten. Heinz Lud., B. Alfred Robert, Kaufmann. Karl B. Joh. Soll, Küfer. Annemarie B. Robert Schimpf, feld. Garleninspektor. Alfred Eugen, B. Emil Vohm, Fabrikarbeiter. Elsa, B. Jhril Vogt, Kraftwagenführer. Ludwig, B. Bius Knab, Bremser. Gertrud Ilse, B. Karl Algeier, Schloffer. Josef, B. Otto Wittmann, Bremser. Herbert, B. Max Wehler, Metzgermeister. Friedrich, B. Karl Scherer, Buchbinder. Eugenie Maria, B. Eugen Diebler, Lagerverwalter. Rosa, B. Aron Weismann, Kaufmann. Adolf, B. Adolf Weiser, Kaufmann. Irene Elise Frieda, Emil Arthur Phil. Hermann, Jollinge B. Arthur Güter, Oberpostassistent. Gertrud B. Friedrich Schabinger, Goldschm. d. Walter, B. Hugo Wala, Finanzsekretär.

Todesfälle. Wihl. Red. Weis, Witwe, alt 78 J. Karl, alt 16 J., B. Kaspar Gellenkämmer, Kaufmann. Barbara Ditmann, alt 84 J., Witwe von Mo's Ditmann, Rechnungsführer. Otto Kolenstein, Kaufmann, Ehemann, alt 37 J. Gedwig Bauer, Konfektin, alt 18 Jahre. Elise Saar, alt 33 Jahre, Ehefrau von Albert Saar. Pauline, alt 13 Jahre, P. Erasmus Aufbaumer, Schuhmacher. Friedrich Ludwig, Ehem., a. Fuhrmann, alt 58 J.

Letzte Nachrichten.

Eine missglückte Aktion der U.S.P.

Forzheim, 26. Febr. (Privatmeldung.) Die hiesigen Unabhängigen hatten auf gestern vormittag eine Versammlung auf dem Turmplat einberufen, um gegen die Ernennung Gieners zu protestieren und „für die wirtschaftliche sozialistische Republik nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten Propaganda zu machen“, wie es in der Einladung hieß. Es folgten aber nur etwa 100 Personen, meist Neugewerke der Einladung. Die Referenten Krüze und Jung aus Karlsruhe hielten aber unentwegt ihre Vorträge mit den bekanntesten Ansprüchen gegen die Mehrheitspartei. Darauf ging das häusliche Leute auseinander.

Kommerzienrat Reuther erschossen.

Mannheim, 25. Febr. Heute mittag 1/2 Uhr wurde Kommerzienrat Karl Reuther von der Firma Rupp u. Reuther in Mannheim-Waldhof auf dem Wege von der Fabrik auf dem Waldhof nach einer nahegelegenen Villa von einem noch unbekanntem Mann erschossen. Man glaubt, daß es sich um einen spartakistischen Anschlag handelt.

Das neue bayerische Ministerium.

München, 25. Febr. (Privatmel.) Die Ministerliste, welche heute dem Volksrat vorgelegt werden soll, lautet:

- 1. Ministerpräsident und Reichsminister: Dr. Mühlson-Mühlhausen.
- 2. Minister des Innern: Seigis, Mehrheitssozialist.
- 3. Unterrichts: Hoffmann, Mehrheitssozialist.
- 4. Justizminister: Landtagsabg. ordner Dr. Schleich (U.S.P.), Rechtsanwalt in Nürnberg.
- 5. Finanzminister: Dr. Jaffe (U.S.P.), Handelshochschulprofessor in München.
- 6. Verkehrsminister: Erzengel von Frauenborffer (F.).
- 7. Militärminister: Scheid, Mehrheitssozialist, früher Apotheker, zuletzt Regierungsbereiter beim Generalkommando in München.
- 8. Hilfsminister: Unterleithner (U.S.P.), Maschinenbauingenieur in München.
- 9. Landwirtschaftsminister: Dill, Bauernbündler Bürgermeister in Anhofen, Mitglied der deutschen Nationalversammlung.

Der neue bayerische Ministerpräsident.

Der Reichsminister des Innern und künftige Ministerpräsident und Minister des Innern: Dr. Mühlson (Mühlhausen) war früher Assistent im Auswärtigen Amt, kam von dort zur Firma Krupp und war bei Ausbruch des Krieges Direktionsmitglied. Aus der Firma trat er aus, weil er es mit seinen Überzeugungen nicht vereinbaren konnte, an leitender Stelle die deutsche Kriegspolitik zu unterstützen. Sein Name wurde weiten Kreisen bekannt durch einen Brief, in welchem er auf Grund seiner Kenntnis der Vorgänge beim Beginn des Krieges schwere Anschuldigungen gegen die damalige Reichsleitung und den Kaiser erhob. In der Schweiz, wo er während der letzten Jahre ein Landhaus in der Nähe Berns bewohnte, hat er seine ganze Kraft dafür eingesetzt, eine Verbindung zwischen der friedensfreundlichen Kreise der Zentrumsleute und der Entente aufrecht zu erhalten und einen Verständigungsfrieden zustande zu bekommen. Dr. Mühlson ist erst 40 Jahre alt und gilt bei allen, die ihn kennen, für einen Mann von ungewöhnlichen Geistesgaben und hoher stiller Kraft. Parteipolitisch ist er bisher nie hervorgetreten.

Schließlich: Nationalversammlung.

W.D. Dresden, 25. Febr. Die neu gewählte Kammer für den Freistaat Sachsen trat heute nachmittags 3 Uhr zu ihrer ersten Sitzung im Sängersaal der ehemaligen Preußen Ständekammer zusammen. Nach einer programmatischen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede des Volksbeauftragten Dr. Gradnauer wurde die Wahl des Kammerpräsidenten vorgenommen. Durch Namensaufruf wurde die Annahme von 93 von 98 Abgeordneten festgesetzt. Zum Präsidenten wurde mit 88 von 91 abgegebenen Stimmen der Abgeordnete Fräulein (Mehrheitssozialist) gewählt, zum ersten Vizepräsidenten Abg. Dr. Dietel (deutschdemokratische Partei) mit 84 von 94 abgegebenen Stimmen, zum 2. Vizepräsidenten Abg. Lipinski (Unabh. Soz.) mit 84 von 94 abgegebenen Stimmen. Die drei Gewählten nahmen die Wahl an. Nach der Wahl der Schriftführer und einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte erteilte sich das Haus auf morgen vormittag. Zu inwendigen Angelegenheiten ist es nicht gekommen.

Möbelhaus

Besichtigung ohne Kaufzwang.

Ecke Kaiser- und Douglasstr. (Hauptpost). **Telephon Nr. 5220.**
Komplette Wohnungs-Einrichtungen und Einzel-Möbel.
Aufbewahrung völlig kostenlos.
Hauptlager Mühlburg: Philippstrasse 19. **Telephon Nr. 5224.**

Gebr. Karrer

Gute Ware bei billigster Berechnung.

Deutscher Metallarbeiterverband Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Wir fordern unsere Mitglieder von Karlsruhe auf, an der vom Gewerkschaftskartell einberufenen Versammlung in der Festhalle teilzunehmen.

Für die Mitglieder von Durlach findet diese Veranstaltung am Montag, den 3. März, nachmittags 4 Uhr, in großer Saal der Festhalle statt.

Die Ortsverwaltung.

Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen (Gefang. Schutz) Bezirksgruppe Karlsruhe.

Aufruf!

Groß ist die Zahl derer, die sich uns angeschlossen. Aber noch zu viele stehen abseits! Alle müssen sich anschließen! Ihr dürft die Angehörigen der Gefangenen in diesem Kampf um Recht und Menschlichkeit für unsere Brüder nicht allein lassen. Wer in unserer letzten Versammlung in der Festhalle so viele Tränen hat vergießen sehen, der wird uns helfen. Es ist eine nationale Pflicht!

Geistliche, Lehrer, Postlitter aller Parteien, werbt für unsere Sache!

Anmeldungen und Beiträge werden in unserer Geschäftsstelle: Nationaler Frauendienst, Kronenstrasse 24, 3. St., in der Zeit von 10-12 und 3-5 Uhr gerne entgegengenommen.

Der Vorstand.

1285 Jng. G. Rupp.

Städtisches Konzerthaus.

Mittwoch, den 26. Februar 1919. 1455

Vorstellung des Bad. Landestheaters.
52. Sonder-Vorstellung.

Die Osárdásfürstin.

Operette in 3 Akten von Leo Stein und Béla Jenbach.
Musik von Emmerich Kálmán.

Anfang 7/8 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

Gewerkschafts-Sekretär gesucht.

Das Gewerkschaftskartell Freiburg i. Br. sucht zum möglichst sofortigen Antritt einen zweiten Sekretär. Derselbe muß agitatorische und organisatorische Fähigkeiten besitzen, rednerisch begabt, auf dem Gebiete der sozialen Versicherungs-gesetzgebung bewandert und in der Lage sein, Rechtsansprüche zu ermitteln und Schriftsätze anzufertigen. Reflektant muß mindestens 5 Jahre einer freien Gewerkschaft angehören. Bewerbungen sind bis spätestens Samstag, den 1. März ds. Js., an den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells Freiburg i. Br., M. Ketterer, Verberanungsstrasse 26, zu richten. 1446

Wer zweifelt an die Schuld des Kaisers?

der bestelle sofort das aufse. enerregende sensati. nolle Enthüllungen bringende Buch:

„Die Schuld des Kaisers“

nebst Anhang: „Sein Sohn“

v. ehemal. Kriegsber.-Erstatter im Gr. Hauptquartier H. B. B. B.

Preis nur Mark 1.75 bei Voreinsendung des Betrags bei O. Albrecht, Frankfurt a/Main 132, Hohenstaufen-Strasse 6. 1448

Schneiderinnen

für Tuch-Arbeitsjosen bei guter Bezahlung außer Haus gesucht. Auf Militärjosen eingearbeitete bevorzugt.

Veit Groh & Sohn

Kaiserstrasse 114 II. 1402

Tüchtige, selbständige 1457

Möbelschreiner

zum baldigen Eintritt gesucht.

Marktstahler & Barth, Karlstr. 67.

Adolf Pfeiffer

Abteilung Werkzeuge

Zweiggeschäft KARLSRUHE Lammstraße 6

Telegraph-Adresse: Pfeiffer-Werkzeuge Karlsruhe. — Fernspr. 4988.
Stammhaus: Mannheim M 5, 3.

Reichhaltiges Lager

Werkzeugen, Werkzeugmaschinen

für Metall- und Holzbearbeitung.

Maschinenbau-Bedarfsartikel, Bohr-Maschinen, Drehbänke, Hobel-Maschinen, Kaltsägen, Fräs-Maschinen, Blech-Scheeren, Loch-Stanzen, Original-Lüders-Flaschenzüge, Hebezeuge aller Art, Transmissionsteile.



Luxeum Lichtspiele

Kaiserstraße 168. Telefon 3985.

Die beliebte Künstlerin

RESL ORLA

in ihrem neuesten grossen Filmwerk

Die Frauen des Josias Graffenreuth

Ein Spiel von Liebe, Glück und Leid
in 5 Akten. 1448

Sein Strandliebechen

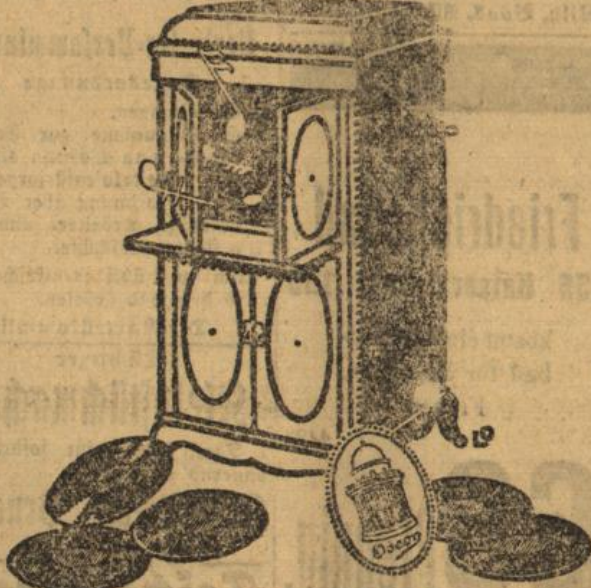
Ein reizendes Lustspiel in 3 Akten mit
Hansi Bege und Gerh. Dammann.

Letzte Vorstellung abends von 8-10 Uhr.

Sind Sie musikalisch?

Dann hören Sie einen

Odeon Musikapparat mit Odeon Musikplatten



Odeon-Musikhaus

Karlsruhe 1058
Kaiserstr. 175. Tel. 339

Arbeiter! Werbet für den Volks

Vermiſt

Ist seit dem 14. Oktober 1918 im Gefecht bei Daraumont, rechts von Verdun der Unteroffizier Gustav Klinker 11. Komp. 1. Bat. Leib-Gr. Regt. 109.

Kameraden, die über den Verbleib des Genannten irgendwie Auskunft geben können, werden bereit, abgeben, mir Näheres mitzuteilen.

Auch wären mir Auskünfte erwünscht von Eltern, Verwandten usw. von Kameraden, die vielleicht mit meinem oben genannten Sohne an dem gleichen Tag im Gefangenenschaft geraten sein könnten und Nachrichten schon von diesen besitzen.

Zufrieden freundl. erbeten an Ludwig Klinker, Markhausen 6. Verlobung i. Belf. Auslagen werden mit Dank erstattet. 1410

Stadt. Vierordtbad

Versch. Kurbäder

Halb-, Sitz-, Fuss- und Wechselbäder, 1. uschen. Wickel (Packungen) und Massagen, 1. ampf- und Heissluftkastenbäder etc. Damenbadezeit: Montag u. Mittwoch von mitt. v. 9 bis 1 Uhr und Freitag nachm. 2 1/2 bis 7 1/2 Uhr. Herrenbadezeit: Alle übrige Zeit. Samstags auch über die Mittagszeit geöffnet. An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Uhren

Reparaturen werden unter Garantie pünktlich und billig ausgeführt. 354

Josef Klaus, Uhrmacher, Müppenerstrasse 20.

Graue Haare

und Bart erhält, garant. dauernd Naturfarbe u. jugendfrische wieder. d. unv. seit 12 Jahren best. bewährt.

„Martinique“ 1101
Zauf. v. Nachbest. Pl. 4. Radm. nur d. Saais Versand München 26

Arb.-Gefang. Freiheit Durlach.

Am Donnerstag, den 27. Februar, abends punkt 7 1/2 Uhr, findet im Lokal „Darmstädter Hof“

Monats-Versammlung

statt. Die aktiven und passiven Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. 1449
Als Gäste sind herzlich willkommen. Wir bitten die Herren Sänger darauf aufmerksam, daß die regelmäßige Singstunden am Donnerstag, den 6. März, punkt halb 8 Uhr, unter der früheren Direktion beginnen.

Der Vorstand.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstrasse 34. i. Teppes — Telephon 1846.
Winter-, Ribs- u. Seiden-Mäntel
Jackenkleider, Röcke, Blusen,
Seiden- und Voile-Kleider :: ::
Konfirmanden- u. Kinderkleider.
Billige Preise Keine Ladenspesen.

Militärstücke

werden in allen Farben gefärbt. 357

Färberei M. Weiss

Blumenstr. 17
— Telephon 2866. —

Welt-Kino

Kaiserstrasse 133.

Ab Samstag Verlorene Töchter. Ab Samstag

Der Leidensweg der Unschuld.

Eine Kultur-Tragödie in 6 Akten mit
Gesang.

Man beachte die ausgestellte
Reklame. 1456